

Die Stalinisierung der KPD – Alte und neue Einschätzungen¹

Während meiner frühen Forschungen zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) konstatierte ich bereits 1959 eine »Stalinisierung« der Partei. Diese »Sektion« der Kommunistischen Internationale (Komintern) kopierte bis 1929 schrittweise die KPdSU und wurde »ein Anhängsel der stalinistischen Kommunistischen Partei der Sowjetunion«². In der ersten umfänglichen Dokumentation zur Geschichte des deutschen Kommunismus von 1963 wurde dies ebenfalls als Ergebnis der Analyse festgehalten.³

Dass die Stalinisierung die ganze Komintern betraf, wurde 1966 (Kapitelüberschrift: Die Stalinisierung der Komintern) als Fazit notiert: Mit der »Bolschewisierung« der Komintern wies Moskau dieser eine neue Rolle zu, »ihre Politik orientierte sich nunmehr an den vermeintlichen Interessen des Sowjetstaates. Damit wurde die Komintern ein Instrument Stalins. Allerdings handelte es sich bei dieser Funktionsänderung nicht um einen einmaligen Akt, sondern um eine schrittweise Transformation. Stalin unterwarf die einzelnen kommunistischen Parteien – ebenso wie die KPdSU – ständigen Säuberungen.«⁴

Schließlich habe ich 1969 die Stalinisierung der KPD für den Zeitraum 1924 bis 1929 umfassend beschrieben und analysiert.⁵ An den damaligen Aussagen halte

¹ Der Aufsatz ist die gekürzte deutsche Fassung des englischen Beitrags in LaPorte, Norman/Morgan, Kevin/Worley, Matthew (Hrsg.): *Stalinisation and Beyond. Problems of Communist Historiography, 1917–1953*, das Ende 2007 bei Palgrave Norwich erscheinen wird.

² Siehe Weber, Hermann: Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht. Wandlungen des deutschen Kommunismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage von *Das Parlament*, vom 29. Juli und 5. August 1959. Überarbeitete Fassung als Buch Weber, Hermann: *Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht. Wandlungen des deutschen Kommunismus*, Hannover 1961 (4. Aufl. 1970).

³ Es hieß in der Einleitung: »Der Stalinismus, durch den Komintern-Kanal in die KPD importiert, hat den politischen Charakter und die geistige Führungspotenz der Partei vollends verdorben.« Weber, Hermann: *Der deutsche Kommunismus. Dokumente*, Köln 1963 (3. Aufl. 1973; Taschenbuchausgabe: *Völker hört die Signale*, München 1967).

⁴ Weber, Hermann: *Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation*. Hannover 1966, S. 19 f.

⁵ Siehe Weber, Hermann: *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*. 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969. 1971 erschien eine einbändige Studienausgabe. Neben ausländischen Übersetzungen (1979 italienisch) gab es »Raubdrucke«, z. B. in den Heften »Rote Texte« der Frankfurter »Reihe Arbeiterbewegung«. Siehe auch die Zusammenfassung in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage von *Das Parlament*, vom 11. Januar 1969.

ich im Wesentlichen fest. Die Stalinisierung, die Wandlung des Kommunismus, hatte für die KPD gravierende Folgen: Sie entwickelte sich von einer Partei mit innerer Demokratie zu einer straff disziplinierten Organisation mit strikt zentralisierter Befehlsgewalt. Stalinisierung hieß Umgestaltung des inneren Aufbaus, Entstehung einer monolithischen, hierarchischen Partei. In ihr beherrschte die Spitze mit Hilfe des Funktionärs-Apparates (insbesondere der hauptamtlichen, von der Führung abhängigen Funktionäre) die Mitgliedschaft. Vor allem: Die Politik wurde allein im Sinne und entsprechend den Weisungen der Stalinschen KPdSU praktiziert. Damit änderten sich Charakter und Funktion der KPD. Die von Rosa Luxemburg begründete radikal-marxistische Partei entwickelte sich zur stalinistischen Apparatpartei, zur Hilfstruppe der UdSSR Stalins.

Damals resümierte ich: »Schließlich änderte sich nicht nur die innere Struktur der KPD, sondern auch ihre Politik. Der deutsche Kommunismus entstand als Fortsetzung der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, seine sozialistische Zielsetzung entsprach der Intention der radikalen Arbeiter und kommunistischen Intellektuellen, die klassenlose Gesellschaft zu errichten. Die Stalinisierung der KPD, die Beherrschung der Bewegung durch den Apparat und die völlige Abhängigkeit von der Stalin-Führung in Moskau, ließ diese Zielsetzung zur bloßen Ideologie erstarren und veränderte die Funktion der Partei. Statt der Selbstbefreiung der Arbeiterklasse erstrebte sie nunmehr die Apparatherrschaft stalinistischer Prägung. Die Unterordnung unter die Politik Stalins und ihre Verteidigung waren ihr oberstes Gebot. Schließlich ermöglichte erst die Wandlung der KPD durch die Stalinisierung die ultralinke Politik der Partei von 1929 bis 1933, die wesentlich zum Untergang der Weimarer Republik beitragen sollte. [...] Wenn die Stalinisierung in knapp fünf Jahren vollzogen werden konnte, so lassen sich die wesentlichen Triebkräfte der Wandlung des Kommunismus hier deutlicher als anderswo ablesen.«⁶

Aufgrund der jetzt vorliegenden Akten ist der Beginn der Stalinisierung etwas vorzudatieren. 1969 ging ich von der Zeit 1924 bis 1929 aus. Die schrittweise »Bolschewisierung« seit 1921/22 ist als wichtige Vorgeschichte dieser Stalinisierung der KPD anzusehen. Die Zentralisierung und die Abhängigkeit von der Sowjetunion waren schon größer als angenommen. Doch die folgende Stalinisierung besaß eine andere »Qualität«.

⁶ Weber: Die Wandlung (Anm. 5), S. 13 f.

Voraussetzungen für die Stalinisierung

Anhand der bereits vorhandenen Veröffentlichungen und der Archivalien, die im Westen damals zugänglich waren, versuchte ich 1969, vier wesentliche Bedingungen für die Stalinisierung der KPD zu thematisieren. Dabei wurde unterschieden zwischen zwei generellen und zwei speziellen Voraussetzungen. Erstens galt allgemein die Apparatherrschaft in Parteien als Zeiterscheinung, nämlich die Herrschaft des Apparats über die Organisation.⁷ Zweitens betraf dies die strukturellen Probleme der KPD, die ihren ideologischen und politischen Standort zwischen Sozialdemokratie und Syndikalismus erst suchen musste, wobei wiederum dem Apparat mit seinen »Parteiangestellten« erhebliche Bedeutung zufiel. Wesentlich waren von den vier Faktoren schließlich zwei Besonderheiten, die ich seinerzeit so zusammenfasste: »Ohne Zweifel ist die Abhängigkeit der KPD von der Sowjetunion, die sich seit 1919 schrittweise vergrößerte, eine wichtige und die augenfälligste Voraussetzung der Stalinisierung. Der Apparat der KPD geriet – mehr noch als die eigentliche Partei – in eine zunehmende, nicht zuletzt auch finanzielle Abhängigkeit von der Moskauer Zentrale. Da die KPD lediglich als Sektion der Komintern galt und keine selbstständige Partei darstellte, war die Abhängigkeit formell sanktioniert. [...] Da sich der Stalinismus in der Sowjetunion selbst zum herrschenden politischen System entwickelte, blieb nicht aus, daß sich der autoritäre Geist des sowjetischen Staatswesens über die russischen Führer der Komintern auf deren ausländische Sektionen ausbreitete. Das bedeutete nicht nur die Unterwerfung der KPD unter die sowjetische Staatspolitik, sondern auch Übernahme aller Formen der Apparatherrschaft.«

Eine vierte Voraussetzung für die Stalinisierung lag in der – für die Situation der KPD in Deutschland nach 1924 charakteristischen – Diskrepanz zwischen den revolutionären Zielsetzungen der Partei und einer nichtrevolutionären Situation. Nach dem Ende der revolutionären Auseinandersetzungen und angesichts einer zunehmenden Passivität der Mitglieder wurde der Apparat zum beinahe einzigen aktiven Element in der schwungloser werdenden Partei, seine Macht wuchs enorm. Außerdem führte die restaurative Entwicklung der Weimarer Republik der KPD nicht nur Anhänger zu, sie drängte diese linken Kräfte vielmehr förmlich in ein gesellschaftliches und politisches »Ghetto«. Ihnen erschien die Sowjetunion als leuchtendes Idol.«⁸

Es sollte nachgewiesen werden, dass das Zusammenfallen dieser vier Faktoren in wenigen Jahren zu einer extremen Abhängigkeit der KPD von der Sowjetunion,

⁷ Ebenda, S. 10 ff. Siehe auch Weber, Hermann: Die Stalinisierung der KPD 1924–1929, in: Politische Vierteljahresschrift 9 (1968), H. 4, S. 519 ff, wiederabgedruckt in Ders.: Demokratischer Kommunismus?, Hannover 1969, S. 173 ff.

⁸ Weber: Die Wandlung (Anm. 5), S. 11 f.

zu einer Durchsetzung der stalinistischen Strukturen der KPdSU und zu einer Apparatherrschaft in der KPD führten.

Die Entstehungsbedingungen, die ich seinerzeit herausarbeitete, sind heute etwas anders zu gewichten. Damals beschrieb ich deren Reihenfolge so: 1. die Apparatherrschaft als Zeiterscheinung, 2. die strukturellen Probleme der KPD, 3. die Abhängigkeit der KPD von Moskau und 4. die Situation der KPD in Deutschland. Meine Schlussfolgerung lautete, »daß das gleichzeitige Wirken dieser Faktoren im Zeitraum von fünf Jahren nicht nur zu einer straffen Disziplinierung und Zentralisierung, sondern zu einer drastischen Apparatherrschaft mit bürokratischer Entartung führte.« Der Faktor »Apparatherrschaft als Zeiterscheinung« hatte zwar Gewicht, wurde jedoch überschätzt, während anhand nun zugänglicher Dokumente noch deutlicher die Abhängigkeit der KPD von Moskau als Hauptbedingung zu erkennen ist. Insgesamt bestätigen diese Akten jedoch den Prozess der Stalinisierung.

Nach der Veröffentlichung meiner umfassenden Untersuchung der Wandlung 1969 gab es nur wenige Einwände.⁹ Während die SED-Historiker wie üblich von »Webers Fälschungen«¹⁰ sprachen, galten die Bände im Westen bald als Standardwerk.

Nach Öffnung der Archive fanden sich in den internen Quellen weitere Hinweise, und es folgten Veröffentlichungen zur Veränderung der Komintern¹¹ sowie der Stalinisierung und deren Folgen.¹² Soweit sich ehemalige DDR-Forscher

⁹ Etwa die Kritik von K. H. Tjaden in: *Das Argument* 1971, H. 1/2, S. 42 ff. Siehe Weber, Hermann: *Kommunismus in Deutschland 1918–1945* (Erträge der Forschung), Darmstadt 1983, S. 106.

¹⁰ Siehe dazu Weber, Hermann/Weber, Gerda: *Leben nach dem »Prinzip links«*. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten, Berlin 2006, S. 360 ff.

¹¹ Siehe Watlin, Alexander: *Die Komintern 1919–1929*, Mainz 1993. Bergmann, Theodor/Kessler, Mario (Hrsg.): *Aufstieg und Zerfall der Komintern*, Mainz 1992; McDermott, Kevin/Agnew, Jeremy: *The Comintern*, London 1996; Narinsky, Mikhail/Rojahn, Jürgen (Hrsg.): *Centre and Periphery. The History of the Comintern in the Light of New Documents*, Amsterdam 1996. Sowie die Standardwerke Broué, Pierre: *Histoire de L'Internationale Communiste 1919–1943*, Paris 1997 und Tosstorff, Reiner: *Profintern. Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1920–1937*, Paderborn 2004. Siehe jetzt auch Kevin Murphy: *Revolution and Counterrevolution*, New York u. Oxford 2005. Zu den Sektionen der Komintern erschienen einige Quelleneditionen, etwa in Russisch und Deutsch, z.B. Leutner, Mechthild u. a. (Hrsg.): *KPdSU, Komintern und die nationalrevolutionäre Bewegung in China*. Bd. 1: 1920–1925, Paderborn 1996; Bd. 2: 1926–1927, Münster 1998.

¹² Plaggenborg, Stefan (Hrsg.): *Stalinismus. Neue Forschungen und Konzepte*, Berlin 1998; Fitzpatrick, Sheila: *Stalinism*, London 2000. Neuerdings auch Hoffmann, Davis L. (Hrsg.): *Stalinism*, Malden, Mass. 2003; Lewin, Moshe: *The Soviet Century*, London 2005. Siehe auch die Quellenhinweise in Weber, Hermann/Herbst, Andreas: *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945*, Berlin 2004, S. 932 ff; Foitzik, Jan: *Stalinismus und Totalitarismus in Theorie und Praxis der Geschichtsforschung*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 1999, S. 371–377; Bayerlein, Bernhard H.: *Das neue Babylon –*

der Geschichte der KPD annahmen, wird der Begriff Stalinisierung meist weiterhin vermieden, z. B. für die Jahre 1924 bis 1929 von »Revolutionärer Politik in nichtrevolutionärer Zeit« geschrieben.¹³

Gab es keine Stalinisierung?

Doch ein anderer Stellenwert der Faktoren ändert – auch nach der Einsicht in früher geheime Quellen – nichts an der grundsätzlichen Aussage zur Stalinisierung der KPD als ihrer entscheidenden Wandlung. Es bleibt mir ein Rätsel, wieso diese lange bekannten und von den Archivalien heute noch mehr als früher gestützten Stalinisierungsthese ausgerechnet 1996 von Michael Mallmann mit überzogener Polemik und auf sehr schmaler Quellenbasis vehement bestritten wurden.¹⁴ Er bringt etliche Probleme durcheinander, die Phasen der KPD-Entwicklung werden von ihm nicht klar auseinander gehalten. Einige seiner Feststellungen, etwa dass die KPD breite Schichten der Arbeiter mobilisierte, sind bereits in der *Wandlung des deutschen Kommunismus* beschrieben worden. Doch wegen der straffen Zentralisierung, die mit der Stalinisierung erfolgte, konnten die unteren Einheiten, die Basis der KPD weder die »Politik vor Ort nach ihren eigenen Maßstäben gestalten«, noch – wie Mallmann naiv meint – gar »die Weisungen von oben ignorieren«. Insbesondere die Ausschlusswellen zeigen, wie die Strukturen nach 1929 und vor allem die »Säuberungen« solche unerwünschte Autonomie verhinderten. Wer dies leugnet, verharmlost nicht nur viele Mechanismen, sondern ignoriert auch die Dokumente in erst jetzt erschlossenen Archivbeständen.

Die nunmehr zugänglichen Quellen belegen deutlich, wie im Zuge der Stalinisierung der KPdSU in den 20er Jahren in der Komintern erhebliche Veränderungen der Strukturen und des Personals erfolgten. Diese brachten eine drastische Abhängigkeit der einzelnen Sektionen von Moskau und insbesondere für die KPD sind sie als Wandlung der Partei zu charakterisieren.

Da inzwischen jedoch die Kommunismusforschung aufgrund der nun erstmals zugänglichen Akten vor allem die kommunistischen Herrschaftssysteme näher

Strukturen und Netzwerke der Kommunistischen Internationale und ihre Klassifizierung, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2004, S. 181–270.

¹³ Kinner, Klaus: Der deutsche Kommunismus. Bd. 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999. Meine *Wandlung des deutschen Kommunismus* erscheint dort nur in einer Fußnote: Zetkin und Thalheimer werden nach diesem Buch zitiert. Siehe auch Reuter, Elke u. a.: Luxemburg oder Stalin? Schaltjahr 1928, Berlin 2003.

¹⁴ Mallmann, Klaus Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996. Siehe auch meine Rezension in: Die Zeit vom 14. Juni 1996.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

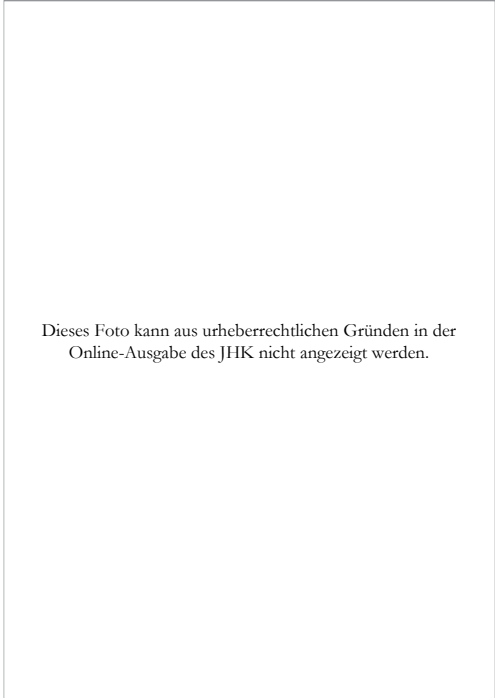
Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

analysiert hat, ist der Terror in den Mittelpunkt der Untersuchungen gerückt, die Darstellung des Kommunismus, auch der KPD, als radikale soziale Bewegung weitgehend in den Hintergrund gedrängt.¹⁵ Während die Veröffentlichungen über den Terror sowie über die diktatorischen Regime des Kommunismus gegenwärtig kaum zu überblicken sind, gingen die Publikationen über den Kommunismus als radikale soziale Bewegung erheblich zurück.

Soll das »Wesen« des Kommunismus eingeschätzt werden, gilt es, seine Geschichte als radikale Arbeiterbewegung sowie die Ideologie und die in ihr enthaltenen utopischen Elemente zu berücksichtigen. Daher ist eine Differenzierung »des Kommunismus« nötig. Zu unterscheiden ist zwischen einerseits dem Kommunismus als Teil der sozialen Bewegung, die eine »bessere Welt« schaffen will, und andererseits den herrschenden kommunistischen Regimen, die ihre bereits eroberte Macht mit allen Mitteln, nicht zuletzt dem des Terrors, halten, festigen und absichern wollten. An der Stalinisierungsaussage ändert das nichts.

Die Behauptung, es habe gar keine Stalinisierung stattgefunden, führte in der (inzwischen freilich relativ begrenzten) Forschung über die KPD-Geschichte nach 1996 zu einigen Debatten. Da Mallmann mit seinem »Generalangriff auf Webers

¹⁵ Siehe Weber, Hermann: Zehn Jahre historische Kommunismusforschung. Leistungen, Defizite, Perspektiven, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 50 (2002), H. 4, S. 611–633.



Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Abb. 1–3: Die Führung der KPD der Jahre 1929 bis 1932: das stalinistische Triumvirat Ernst Thälmann (gegenüber liegende Seite links), Heinz Neumann (gegenüber liegende Seite rechts) und Hermann Remmele (rechts)

Thesen¹⁶ keine schlüssige Konzeption vorlegte, geriet er selbst rasch in die Kritik, seine »analytischen, methodischen und interpretatorischen Schwächen« wurden von Wirsching dargestellt. Allerdings meldete dieser auch Zweifel an der Stalinisierungsthese an.¹⁷ Weil die KPD-Geschichte indes in der Forschung wie gesagt nur noch wenig Interesse fand, gab es geringen Widerhall.

In einer kürzlich erschienenen Untersuchung »Stalin und die KPD in der Weimarer Republik« hat Bert Hoppe¹⁸ erstaunlicherweise das Problem der Wandlung der KPD, ihre Stalinisierung in den 20er Jahren, nicht angesprochen, die Jahre 1924 bis 1928 nur am Rande erwähnt. Auf umfassendes Archivmaterial gestützt, prüft Hoppe vor allem die KPD in der Endphase der Weimarer Republik. Es geht um die Zeit 1929 bis 1932 mit dem Führungstrio Ernst Thälmann, Hermann Remmele und Heinz Neumann (die beiden letzteren, 1932 abgesetzt, starben ja als Opfer der Stalinschen »Säuberungen« 1939 bzw. 1937) und die Umsetzung der Stalin-Politik. Ohne die Stalinisierung wäre allerdings die bedingungslose Unterwerfung der Partei unter die ultralinke Linie Stalins (»Sozialfaschismus« usw.)

¹⁶ So Wirsching, Andreas: »Stalinisierung« oder entideologisierte »Nischengesellschaft«? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45 (1997), H. 3, S. 450.

¹⁷ Ebenda, S. 462 ff.

¹⁸ Hoppe, Bert: Stalin und die KPD in der Weimarer Republik, in: Zarusky, Jürgen (Hrsg.): Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung, München 2006, S.19–42.

nicht möglich gewesen. Hoppe beschreibt die Stalin-Methode der »personelle Netze« so: »Stalin verfügte über eine getreue Gefolgschaft, die er bei Bedarf vorschickte und der er im Gegenzug für ihre Dienste seine Protektion gewährte. Bucharin hatte dieses Prinzip klar erkannt, als er vor dem sowjetischen Politbüro feststellte, Stalin baue seine Macht vor allem auf die eigenen, verlässlichen Leute, wohingegen ihn deren tatsächliche Eignung weniger interessiere.«¹⁹ Das gehörte aber schon vor 1929, bei der Wandlung der KPD, zur Machttechnik des Moskauer Diktators und unterstreicht die These von der Stalinisierung der KPD. Gerade diese Herrschaftspraxis führte, wie etwa Bayerlein zeigt, zu einer »Uniformierung des Parteilebens, Entmündigung der Parteimitgliedschaft und Liquidierung der innerparteilichen Demokratie«²⁰, also zur Stalinisierung. Die jüngste Darstellung über das Verhältnis des KPD-Führers Ernst Meyer zur innerparteilichen Demokratie 1921/22 von Florian Wilde,²¹ eine auf empirische Untersuchung gestützte Arbeit, belegt nochmals das Stalinisierungspostulat. Wilde hält fest: »In der Summe muss also Mallmann widersprochen werden, wenn er von einem lange vor Stalin angelegten Prozess der Apparatherrschaft« schreibt [...]. Die eklatanten Unterschiede zwischen dem oben skizzierten Ausmaß von parteiinterner Demokratie und Diskussionsfreiheit in der KPD unter Führung Ernst Meyers 1921/22 und dem vollständig entdemokratisierten Zustand in der stalinisierten KPD der späten 20er und 30er Jahre bleiben daher ohne die Annahme einer erst 1922 einsetzenden grundlegenden Wandlung des deutschen Kommunismus auch weiterhin nicht schlüssig erklärbar.«

Folgen der Stalinisierung

Tatsächlich entwickelte sich die KPD in den 20er Jahren zu einer »absolutistischen Integrationspartei« (so die Typologie von Sigmund Neumann)²². Daraus ergaben sich totalitäre Strukturen innerhalb der Organisation, die Umwandlung einer Bewegung in eine Art strengen »Orden«. Für kommunistische »Kämpfer« galt es im »Klassen-Weltkrieg« eine strikte, fast militärische Disziplin einzuhalten.

¹⁹ Ebenda, S. 36.

²⁰ Einzelheiten dazu bei Bayerlein, Bernhard H.: Ernst Thälmann. Vom »Fall« zur Parabel des Stalinismus?, in: Weber, Hermann/Bayerlein, Bernhard H. (Hrsg.): Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin (Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts, Bd. 2), Berlin 2003, S. 38.

²¹ Wilde, Florian: »Diskussionsfreiheit ist innerhalb unserer Partei absolut notwendig« – Das Verhältnis des KPD-Vorsitzenden Ernst Meyer zur innerparteilichen Demokratie 1921/22, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2006, S. 168–184.

²² Siehe Neumann, Sigmund: Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege, Berlin 1932.

Der »demokratische Zentralismus« erforderte, dass sie sich als treue Parteisoldaten bewusst und »freiwillig« der Führung unterordneten.

Da der Kommunismus einst als Strömung der Arbeiterbewegung entstanden war, konnte sich der Stalinismus nur etablieren, indem er die herkömmlichen demokratischen Traditionen völlig ausmerzte. Dies wurde erreicht einerseits durch den Ausschluss aller kritischen Kräfte, andererseits mit »ideologischem Terror« innerhalb der kommunistischen Organisationen.

Damit gelang es der KPD-Führung, in ihren Reihen die Weisungen der Komintern rigoros durchzusetzen. Auch heute hält die Forschung mit Recht fest: »Als Stalin 1927 [in der UdSSR] triumphierte, brachte er auch die Komintern auf seinen fatalen Kurs.«²³ Das bedeutete nach 1929 für die KPD, die Sozialdemokraten als »Hauptfeinde« zu bekämpfen.

Wie weit die KPD-Führung mit ihren Angriffen gegen die Sozialdemokratie in der Praxis ging, zeigt der Volksentscheid in Preußen im August 1931. Zunächst hatte die KPD-Spitze eine Beteiligung am Volksbegehren des rechtsradikalen Stahlhelm und dann am Volksentscheid von NSDAP und Deutschnationalen gegen die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung Braun/Severing abgelehnt. Am 10. April wurde in der *Roten Fahne* noch gewarnt, kein Arbeiter dürfe sich dazu verleiten lassen, »gemeinsam mit den Mord- und Streikbrecherbanden der Nazis und des Stahlhelm, gemeinsam mit den Börsenfürsten, Junkern und Inflationsgewinnlern« aufzumarschieren.

Doch genau das geschah, als die KPD im Sommer 1931 den Nazi-Volksentscheid plötzlich unterstützte. Über die Hintergründe geben zuvor geheim gehaltene Dokumente aus kommunistischen Archiven Auskunft. Am 15. Juli 1931 hatte Heinz Neumann einen »Sekretariatsbrief« an die Kominterführung geschickt und zunächst »unverbindlich« eine »Beteiligung« der KPD vorgeschlagen. Am 20. Juli 1931 schrieb Wilhelm Pieck, der KPD-Vertreter, aus Moskau an die Partei-Führung in Berlin: »In der Frage, ob sich die Partei an dem Volksentscheid über Auflösung des preuss. Landtages beteiligen soll oder nicht, ist hier unter den führenden Genossen nicht nur der Komintern, sondern auch der Partei die einmütige Auffassung vorhanden, dass die Partei sich unbedingt an der Abstimmung beteiligen muss, natürlich für die Auflösung.«²⁴ Schließlich musste sich die KPD am gemeinsamen Volksentscheid mit der NSDAP aktiv beteiligen (wenn auch erfolglos).

²³ Hildermeier, Manfred: Die Sowjetunion 1917–1991 (= Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 31), München 2001, S. 34. Siehe auch Luks, Leonid: Geschichte Russlands und der Sowjetunion, Regensburg 2000.

²⁴ Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im Folgenden: SAPMO), Zentrales Parteiarchiv RY II 6/3/219, S. 68.

Die KPD-Politik wurde von der Komintern in Moskau angeordnet und von der Führung in Berlin bereitwillig vollzogen. Die Stalinisierung, die völlige Ausschaltung jeder innerparteilichen Demokratie, ermöglichte es, dass die KPD selbst solche irrwitzigen Parolen übernahm. Nur so wurde die Linie vom »Hauptfeind SPD« weiterhin – bis 1933 – von einer großen Organisation ohne nennenswerten Widerspruch befolgt. In einem Telefongespräch übermittelte Wilhelm Pieck am 24. November 1931 dem Sekretär des Politbüros, Leo Flieg, die Weisung: »SPD bleibt soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, verstärkt Kampf gegen SPD-Führung und ihre Politik.«²⁵ In ihrem Brief an die KPD hob die Kominternspitze in Moskau im Januar 1932 durch Unterstreichung hervor: »Der Kampf gegen Rechtsopportunisten, gegen die liberale parlamentarische Gegenüberstellung von Sozialdemokratie und Faschismus« sei nötig.²⁶ Das waren gravierende Folgen der Stalinisierung.

Inzwischen ist durch ein biographisches Handbuch mit den Lebenswegen von 1 400 KPD-Führern²⁷ die Stalinisierungsthese ebenfalls untermauert. Die Oktroyierung der von Stalin in der KPdSU und der Komintern durchgesetzten Strukturen sowie seiner jeweiligen Strategie für die KPD ist somit auch personell belegt.

Entwicklung des deutschen Kommunismus

Zur Aufhellung der Stalinisierung der KPD soll hier nochmals die Entwicklung des deutschen Kommunismus kurz skizziert werden (*Die Wandlung des deutschen Kommunismus* ist ja seit vielen Jahren vergriffen):

Die kommunistische Bewegung in Deutschland entstand im Ersten Weltkrieg als Abspaltung von der klassischen Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie. Der Weltkrieg bedeutete indes nicht nur für die Arbeiterbewegung die tief greifende Katastrophe des 20. Jahrhunderts, sondern für die gesamte Gesellschaft. Für die äußerste Linke wurde dann die Oktoberrevolution der Bolschewiki 1917 zum Fanal. Während Rosa Luxemburg manche gewaltsame Aktion und die Diktatur der russischen Kommunisten noch ablehnte, andere Sozialisten eher reserviert blieben, setzte sich in Deutschland das bolschewistische Sowjetrussland als Idol der radikalen Linken rasch durch.

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) war in der Weimarer Republik²⁸ Teil der deutschen Arbeiterbewegung. Sie wurde um die Jahreswende

²⁵ SAPMO, Zentrales Parteiarchiv RY II 6/3/219.

²⁶ SAPMO, Zentrales Parteiarchiv RY II 6/3/230.

²⁷ Weber/Herbst (Anm. 12): Deutsche Kommunisten.

²⁸ Siehe zur Geschichte der KPD Flechtheim, Ossip K.: Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1969. Die DDR-Version in Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 3 u. 4, Berlin (Ost) 1969. Zum Forschungsstand in den 80er Jahren Weber: Kommunismus in

1918/19 als Zusammenschluss kleiner Gruppen, des Spartakusbundes und der Internationalen Kommunisten, gegründet.²⁹ Unter Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (die beide schon am 15. Januar 1919 ermordet wurden) und ihren Nachfolgern war die junge Partei anfangs eine schwache Organisation, durch den Übertritt der linken USPD wurde sie Ende 1920 zur Massenpartei.

Die Geschichte der KPD verlief entsprechend den drei Etappen der Weimarer Republik. Während der revolutionären Nachkriegsphase bis 1923 versuchte sie durch Aktionen und Aufstände an die Macht zu kommen. In der Stabilisierungsphase der Republik von 1924 bis 1929 waren die Aktivitäten der KPD vor allem auf die inneren Strukturen gerichtet, ihre Stalinisierung. Ab 1929 wuchs die KPD in der Krisensituation in Deutschland an. Sie folgte dem katastrophalen ultralinken Kurs Stalins (»Hauptfeind Sozialdemokratie«, als »Sozialfaschismus« diffamiert), womit sie zum Untergang der Weimarer Republik beitrug.

Während der Stabilisierung der Weimarer Republik 1924 bis 1929 spielte die KPD in der deutschen Politik eine geringere Rolle als in den Phasen der Krise bis 1923 oder von 1929 bis 1933. Eine revolutionäre Politik war ihr aufgrund der objektiven Lage nicht möglich, und eine Tätigkeit nach parlamentarischen Spielregeln war nicht das eigentliche Anliegen der kommunistischen Partei, die ja die parlamentarische Demokratie stürzen wollte. Dennoch blieb die KPD auch in der Periode 1924 bis 1929 ein politischer Faktor von Gewicht, mit rund 100 000 Mitgliedern gehörte sie zu den großen deutschen Parteien jener Zeit.

Teilgeschichte der Komintern

Der deutsche Kommunismus war während seiner Existenz von zwei Faktoren determiniert, von der Politik und Realität in Deutschland und von den Vorgaben des Weltkommunismus, der Komintern, insbesondere der Sowjetunion.

Die Geschichte der KPD als Sektion der Komintern ist in gewissem Sinne nur als Teilgeschichte der Komintern zu verstehen. Sowohl die Verbindungen von Komintern und KPD und die wachsende Abhängigkeit der deutschen Kommunisten von der Kominternzentrale als auch die Unterordnung des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) unter die sowjetischen Kommunisten sind durch zahlreiche Dokumentationen und Untersuchungen belegt. Die kommunistische Politik wurde über nationale Grenzen hinweg zwischen den beiden Weltkriegen von zwei »Institutionen« der kommunistischen Bewegung getragen, von der

Deutschland (Anm. 9). Zur neueren Literatur Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik (Anm. 14); Kinner: Der deutsche Kommunismus (Anm. 13).

²⁹ Siehe Weber, Hermann (Hrsg.): Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, Frankfurt a. M. 1969; Ders.: Die Gründung der KPD, Berlin 1993.

UdSSR als kommunistisch regiertem Staat einerseits und der Komintern als weltweitem Zusammenschluss aller kommunistischen Parteien andererseits.

Die Komintern mit ihren Sektionen war auf die technische und finanzielle Hilfe Russlands angewiesen. Vor allem aber galt Sowjetrussland den kommunistischen Parteien als unantastbares Vorbild. Das bedingte, dass der ideologische, personelle und materielle Einfluss der russischen Kommunisten in der Komintern unaufhaltsam wuchs. Die Sowjetunion diktierte ganz unverhohlen den Kurs und ordnete sämtliche kommunistischen Parteien ihren Interessen (oft sogar nur ihren vermeintlichen Interessen) unter.

Die UdSSR und die KPdSU befanden sich inzwischen unter der Herrschaft des Diktators Stalins und von dessen Apparat. Entscheidend blieb das Axiom von der »führenden Rolle der Partei«, die Behauptung, diese habe »immer recht«, war Kern der Ideologie. Für die KPD bedeutete dies ab Mitte der 20er Jahre die bedingungslose Anerkennung der Dominanz der Stalinschen KPdSU und die kritiklose Übernahme sowohl von deren Politik als auch von deren Organisationsstrukturen. Parallel mit dieser Transformation der Funktion und des Aufbaus der Partei kam es zur Veränderung des Personalbestandes, einmal durch für die KPD typische ständige Fluktuation der Mitglieder und Funktionäre, zum anderen durch Auswechslung der Führungskader. Die Parteisäuberungen wurden weitgehend von der Komintern dirigiert.³⁰

Auch wenn damals kaum erkennbar hatte die KPD vor allem drei Probleme zu lösen: Erstens musste die junge Partei ihr Verhältnis zur Sowjetunion ordnen, maßgeblich war der Grad der Abhängigkeit vom Sowjetstaat; zweitens ging es um die Festigung der eigenen Parteistruktur, um das Maß innerparteilicher Demokratie und drittens schließlich um die Politik, die »Generallinie«: Sollte die Partei eine ultralinke intransigente oder eine realistische linksoppositionelle Politik gegenüber der Weimarer Republik und der SPD betreiben?

Letztlich drehten sich die Auseinandersetzungen in der KPD ständig um diese Grundfragen. Mit der Stalinisierung der Partei wurden die Probleme rigoros und einseitig gelöst: Nun war die KPD völlig von Moskau abhängig. Die innerparteiliche Demokratie wurde aufgehoben. Und ab 1929 steuerte die KPD einen ultralinken Kurs.

³⁰ Siehe Weber, Hermann: Die KPD als Sektion der Kommunistischen Internationale – Politische Auswirkungen der Strukturprobleme auf die Linke im politischen System der Weimarer Republik, in: Albertin, Lothar/Link, Werner (Hrsg.): Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie. Festschrift für Erich Matthias, Düsseldorf 1981, S. 177 ff.

Auswirkungen der Niederlage im »deutschen Oktober« 1923

Nachdem im Oktober 1923 der letzte Versuch der KPD, durch einen Aufstand an die Macht zu kommen, gescheitert war,³¹ kam es zur extremen Stalinisierung der Partei. Ihr misslungener Aufstandsversuch hatte nach meiner heutigen Einschätzung drei generelle Folgen:

1. Die Vorherrschaft der Komintern über die KPD war damit besiegelt, die Stalinisierung der Partei vollendete dann bis 1929 die totale Abhängigkeit von Moskau.

2. Funktionäre und Mitglieder wurden bedingungslos auf die Sowjetunion eingeschworen. Mit Stalins Befehl zur Wiedereinsetzung Ernst Thälmanns und der Ausschaltung der Rechten und Versöhnler nach der Wittorf-Affäre³² 1928 fand dieser Prozess seinen Abschluss. Insofern ist die These, es habe noch 1928 eine Alternative bestanden³³, kaum haltbar. Denn während der 1925 beginnenden heftigen Fraktionskämpfe in der KPD konnte die Moskauer Führung sich die deutsche Sektion noch mehr gefügig machen.

3. Der »deutsche Oktober« war schließlich (wie Paul Levi schon die März-Aktion 1921 bezeichnet hatte) ein Putschversuch, der den Interessen der Sowjetunion dienen sollte. Das zeigt, wie falsch die Auffassung ist, ein erfolgreicher »deutscher Oktober« hätte dem Weltkommunismus Perspektiven einer Demokratisierung geboten. Die jetzt zugänglichen Dokumente belegen, dass Moskau, das seine Diktatur ausdehnen wollte, schon damals bestimmte. Die Vormacht der KPdSU in der Komintern war bereits 1923 so umfassend, dass an der weiteren verhängnisvollen Entwicklung des Weltkommunismus und speziell der KPD prinzipiell nichts mehr zu ändern war.³⁴

Funktion der KPD

Dennoch besaß die KPD in der Weimarer Republik eine wichtige Funktion. Die Stärke des deutschen Kommunismus lag »in seiner Kritik an dem gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen System« und im Widerstand gegen »Möglichkeiten rechtsradikaler Vorstöße«, wie Sigmund Neumann konstatierte.³⁵ Darüber

³¹ Siehe Bayerlein, Bernhard H. u. a. (Hrsg.): Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern (= Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts, Bd. 3), Berlin 2003; Wenzel, Otto: 1923. Die gescheiterte Deutsche Oktoberrevolution, Münster 2003; Jentsch, Harald: Die KPD und der »deutsche Oktober« 1923, Rostock 2005.

³² Siehe Weber/Bayerlein: Der Thälmann-Skandal (Anm. 20).

³³ Siehe z. B. Reuter: Luxemburg oder Stalin (Anm. 13).

³⁴ Siehe Weber, Hermann: Vorwort, in: Bayerlein: Deutscher Oktober (Anm. 31).

³⁵ Neumann: Die deutschen Parteien (Anm. 22), S. 97.

hinaus verstand es die KPD, breite Kreise der Arbeiterschaft zu mobilisieren, sie gab den ungelerten Arbeitern und vor allem den Erwerbslosen ein politisches Betätigungsfeld. Als Teil der Arbeiterbewegung zog sie überdies viele Kräfte an, die gegen die Restauration kämpfen wollten. Schließlich erzielte die KPD auch bei den Wahlen (an denen sie seit 1920 trotz ihres Antiparlamentarismus teilnahm) beachtliche Resultate. Sie bekam bei den Reichstagswahlen 1924 und 1928 über 3 Millionen Stimmen und wurde im November 1932 mit fast 6 Millionen Stimmen (nach NSDAP und SPD) zur drittstärksten deutschen Partei.

Die politische Linie der KPD war widersprüchlich; sie steuerte 1924/25 unter Ruth Fischer, Arkadij Maslow, Werner Scholem und Ernst Thälmann einen ultralinken Kurs, betrieb 1926/27 unter Ernst Meyer und Thälmann eine gemäßigte Realpolitik und schwenkte 1928 unter Thälmann, Hermann Remmele und Heinz Neumann erneut um auf ultralinke Positionen. Bei jedem Kurswechsel kam es zu heftigen internen Kämpfen, aus denen jeweils der Apparat, der ja mehr war als Bürokratie der Organisation,³⁶ als Gewinner hervorging und bei denen permanent ein Austausch der Kader erfolgte.

Die Stalinisierung ging nicht ohne heftige innere Auseinandersetzungen und damit verbundener Auswechslung des Leitungspersonals vor sich: Von den 16 Spitzenführern (Politbüro, damals Polbüro genannt) aus der Zeit 1923/24 befanden sich 1929 nur noch zwei (Ernst Thälmann und Hermann Remmele), im Polbüro, aber nicht weniger als elf waren inzwischen aus der KPD ausgeschlossen worden. Von den rund 250 Funktionären der Führungsmannschaft von 1924 waren im Laufe von fünf Jahren bereits 105 aus der Partei ausgeschlossen worden oder hatten sich von ihr getrennt, 1929 saßen nur noch 95 davon in Leitungspositionen. Von ihren zu den Reichstagswahlen 1924 nominierten 484 Kandidaten hatte die KPD 1930 lediglich 42 Personen – weniger als 10 Prozent – nochmals aufgestellt.

Mit dem Kampf gegen »linke und rechte Abweichungen« veränderte sich die Zusammensetzung des Führungskorps drastisch. Innerhalb nur weniger Jahre schied ein nicht geringer Teil ihrer Führung aus. Die dabeigebiebenen Funktionäre und die neu aufgestiegenen Repräsentanten, die nun Karriere machten, wurden umgeformt und parteilich ausgerichtet zu indoktrinierten »Apparat«-Leuten. Vor allem die emotionale, geistige und materielle Abhängigkeit der Funktionsträger von der Partei und der Komintern begünstigte die weit reichende Durchsetzung der Stalinisierung. An die Stelle von Pluralismus, Selbständigkeit, Diskussion und Autonomie traten Ergebenheit, Gläubigkeit, Disziplin und Gehorsam.

Gravierend war auch die ständige Fluktuation in der Gesamtpartei, z. B. gehörte von den Parteimitgliedern des Jahres 1927 nur etwa ein Viertel der KPD schon seit 1920 an. Das bedeutet, dass von den rund 360 000 Mitgliedern (Ende 1920)

³⁶ Siehe etwa Mayntz, Renate (Hrsg.): Bürokratische Organisationen, Köln 1968.

sieben Jahre später nur noch ein Zehntel, weniger als 40 000, in der Partei verblieben waren. Nach offiziellen Angaben betrug die Fluktuation 1931 38 Prozent und 1932 sogar 54 Prozent.³⁷ Auch im Funktionärskorps schwand die Kontinuität. Von 1 300 Delegierten des KPD-Parteitags Sachsen 1932 gehörten nur 55 der KPD seit ihrer Gründung an, von 970 Berliner Delegierten im Jahre 1932 waren 700 weniger als drei Jahre Mitglied der Partei.³⁸

Richtungen: Linke und Rechte

Anfangs wirkten in der KPD verschiedene Richtungen nebeneinander. Generell existierten zwei Grundströmungen. Eine realpolitische wollte zuerst die Mehrheit der Massen erringen, ehe sie durch einen Aufstand die Macht zu erobern und die neue Gesellschaft aufzubauen gedachte. Sie tolerierte daher im Tageskampf Kompromisse und eine »Einheitsfront« mit den Führungen anderer Arbeiterorganisationen. Die radikale linke Strömung hingegen lehnte jeden Kompromiss ab. Diese Linken erstrebten direkt den revolutionären Aufstand und die rasche Machteroberung.

Die Realpolitiker warfen den Vertretern des radikalen linken Flügels Putschismus und Utopismus vor und bekämpften diese als Ultralinke. Umgekehrt griffen die Linken die gemäßigten Kommunisten als Rechte an, beschuldigten sie des Verrats an den Grundsätzen und der Anpassung an die Sozialdemokratie.

Die »zwei stets wirksamen Tendenzen« in der frühen KPD wurden 1932 beschrieben, nämlich der »ewige Zug nach links« in die direkte Parteiaktion und Isolierung und dann wiederum die Korrektur durch den rechten Kurs, der die Niederlage »wettmachen sollte«.³⁹ Das war nach der Stalinisierung der Partei fast bedeutungslos: »Die Generallinie jedoch, die ursprünglich Resultat des relativen Gleichgewichts des rechten und linken Flügels war, wurde in dem Maße, in dem die Partei ihre Flügel verlor und zu einer konformistisch-autoritären Organisation erstarrte, immer stärker von den Befehlen Moskaus abhängig, das schließlich die Wendung nur noch unter dem Gesichtspunkt seiner eigenen Interessen anordnete.«⁴⁰

³⁷ Der Revolutionär. Organ für Mitglieder der KPD, Bezirk Niederrhein, Düsseldorf. Sondernummer Bezirksparteitag Dezember 1932.

³⁸ Zur Fluktuation siehe Weber, Hermann: Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929–1933, Düsseldorf 1982, S. 101 ff. Siehe auch Wunderer, Hartmann: Materialien zur Soziologie der Mitgliedschaft und Wählerschaft der KPD zur Zeit der Weimarer Republik, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie. Bd. 5, Frankfurt a. M. 1975, S. 257 ff.

³⁹ Riest, Walter: Die innere Krise der KPD, in: Neue Blätter für den Sozialismus Nr. 3 vom März 1932, S. 145.

⁴⁰ Flechtheim: Die KPD (Anm. 28), S. 336.

Das Links-Rechts-Schema war bei Kommunisten der Weimarer Republik besonders ausgeprägt. Die Kämpfe innerhalb der Partei wurden vor allem in den 20er Jahren beinahe nur unter einem Gesichtspunkt geführt. Es galt, die jeweils »rechten« oder »linken« gegnerischen Gruppen in der Partei anzugreifen, zu besiegen und möglichst aus deren Reihen zu entfernen. Dies eskalierte, nachdem durch die Stalinisierung der KPdSU, der Komintern und auch der KPD »rechte« oder »linke« Abweichungen von der Generallinie als parteifeindlich diffamiert wurden.

Beim Blick auf die Protagonisten der kommunistischen Bewegung wie auf Führer solcher »Rechtskommunisten« oder »Linkskommunisten« wird allerdings deutlich, dass diese Unterteilung eine Vereinfachung war, die inneren Streitigkeiten durchaus auch andere Beweggründe hatten. Richtungen in der KPD während der 20er Jahre waren:

1. *Die Rechten:* Die rechten Kommunisten unter Führung von Heinrich Brandler, August Thalheimer, Jakob Walcher, Paul Frölich hatten bis 1923 die Politik der KPD bestimmt. Sie wurden 1924 ausgeschaltet, die »Mittelgruppe« trennte sich von ihr und sie waren im Parteiapparat nur noch schwach vertreten. Hauptstützpunkte waren Sachsen und Thüringen. 1928/29 verließen fast alle Rechten die Partei oder wurden ausgeschlossen, sie bildeten die Kommunistische Partei-Opposition (KPO).

2. *Die Versöhnler:* Ein Teil der »Mittelgruppe« unter Ernst Meyer führte 1924/25 die Opposition gegen Ruth Fischer weiter. 1926 bis 1928 stand diese Fraktion unter Ernst Meyer, Arthur Ewert, Hugo Eberlein, Gerhart Eisler zusammen mit den kominterntreuen Linken unter Ernst Thälmann an der Spitze der KPD. 1928/29 ausgeschaltet, kapitulierten die Versöhnler nach dem Tode von Meyer (1930) vor der Parteiführung, doch wirkten Reste der Versöhnler-Gruppe illegal in der KPD weiter.

3. *Die Linken:* 1924 bekannten sich fast drei Viertel der Mitglieder zu den linken Kommunisten. Mit Ruth Fischer, Arkadij Maslow, Werner Scholem, Ernst Thälmann und Paul Schlecht an der Spitze bestimmten sie 1924/25 die Politik der KPD. Im Herbst 1925 fiel die linke Mehrheit auseinander in die kominterntreue Linke (Ernst Thälmann, Ottomar Geschke, Ernst Schneller) und die neue linke Opposition (Ruth Fischer, Arkadij Maslow, Paul Schlecht). Versuche, die linke Opposition im »Leninbund« zu sammeln, schlugen fehl, dieser blieb eine Sekte.

4. *Die Ultralinken:* Die Ultralinken unter den Zentrale-Mitgliedern Werner Scholem, Iwan Katz und Arthur Rosenberg trennten sich bereits im Frühjahr 1925 von den Linken; sie fanden Unterstützung bei intellektuellen Führern (Karl Korsch, Ernst Schwarz) und Arbeitervertretern (Hans Weber, Arthur Vogt). 1926 brachen die Ultralinken in divergierende Gruppen auseinander, sie wurden aus der KPD ausgeschlossen und hatten bis 1928 jeglichen Einfluss verloren. Da die

KPD selbst ab 1929 einen ultralinken Kurs vertrat, war dieser Opposition die Basis entzogen.

5. *Apparat und Fachleute*: Die bisher angeführten politisch-ideologischen Richtungen umreißen nicht die ganze Skala der in der KPD der Weimarer Republik vorhandenen Gruppierungen. Viele Funktionäre und vor allem Apparatangestellte bekannten sich immer zu der jeweils herrschenden Fraktion, ohne sich mit einer bestimmten Tendenz zu identifizieren. Die ausgesprochenen »Fachleute« im Apparat (viele Redakteure, Parlamentarier, Propagandisten, Agrarspezialisten, Kommunalpolitiker) bemühten sich sogar, nicht in die Fraktionskämpfe hineingezogen zu werden. Das gilt vor allem für die Apparat-Leiter, die an entscheidenden Machthebeln saßen, aber mehr im Hintergrund wirkten (Walter Ulbricht, Franz Dahlem). Die Zusammenarbeit der Gruppe der »Fachleute« mit der kominterntreuen Linken, schließlich die Verschmelzung dieser beiden Gruppen ab 1926 zur deutschen Stalin-Fraktion war eine wichtige Voraussetzung der Stalinisierung.

Zentralisierung und Ende der innerparteilichen Demokratie

Der weit reichende Umbau der Organisationsstruktur der KPD während der 20er Jahre forcierte vor allem die Zentralisierung der Partei: eine entsprechend vergrößerte Machtbefugnis der vom EKKI geleiteten Zentrale; eine straffere Anleitung des Apparates von oben; ein Meinungsmonopol der Führung durch Presse und Schulung; nicht zuletzt aber die Zerschlagung der Fraktionen und die Ausschaltung jeder legalen Opposition. Der Parteiideologe Lenz-Winternitz schrieb dazu bereits 1924: »Leninismus, das ist vor allem eiserne Disziplin seitens der Mitgliedschaft, das ist militärische Zentralisation.«⁴¹

Die Komintern forderte: »Die Kommunistischen Parteien müssen aufgebaut werden als geistig absolut monolithische Organisationen.«⁴² Parteikontrollen (später Generalmusterung genannt)⁴³ sollten nun in erster Linie Fraktionsbildungen ver-

⁴¹ Der Funke Nr. 15 vom 28. August 1924. Auch 1928 sprach er von »militärischer Disziplin« in der Partei. Siehe Die Rote Fahne vom 30. Dezember 1928.

⁴² Die Komintern vor dem 6. Weltkongreß, Hamburg 1928, S. 13.

⁴³ »Generalmusterung unserer Partei« hieß ein Artikel Walter Ulbrichts (Die Rote Fahne vom 3. Januar 1930) in dem er eine Überprüfung der KPD ankündigte. Die Oppositionspresse schrieb über diese Methode sarkastisch: »KPD-Feldwebel Ulbricht, der neueste den Berlinern aufoktroierte Feldwebel, hat zur Behebung der Mängel in der KPD Berlin-Brandenburg eine »Generalmusterung« angeordnet [...] Getreu dem alten Feldwebelgehirne sagt sich auch Ulbricht: wir haben einen großen Kaiser (Stalin), haben eine geniale Regierung (ZK), haben glänzende Generale (Merker, Dahlem, Ulbricht), doch wir haben bei den Mannschaften eine Sauschlamperei.« Gegen den Strom vom 14. Januar 1930.

hindern. Zusammenschlüsse kritischer Funktionäre (selbst wenn sie nur lose oder informell waren) gegen die Parteilinie und gegen die Führung wurden unmöglich.

Schrittweise wurde die Organisation auch praktisch den bolschewistischen »leninschen« Normen angepasst. Da die Übernahme des »demokratischen Zentralismus« durch die KPD aber zeitlich fast parallel mit der Stalinisierung der Partei erfolgte, etablierte sich ein übersteigerter, bürokratischer Zentralismus.

Die gewählten Vorstände hatten geringe Machtbefugnisse, sie waren bestenfalls Kontrollorgane. Die immer straffer und bürokratischer werdende Anleitung der Organisation durch die Parteispitze dämpfte demokratische Impulse von unten. Der Einfluss der gewählten Funktionäre schwand auch in dem Maße, in dem der Vorrang der besoldeten Parteiangestellten zunahm. Seit 1926 leiteten die Sekretariate den Apparat straffer, und unumwunden wurde gefordert, »dass die Leitungen größere Machtbefugnisse haben müssen, als es bisher der Fall war«⁴⁴. Die Parteiführung erblickte in der Befehlsgewalt der hierarchisch aufgebauten Instanzen einen Fortschritt. Ihr Ziel war es, mit Hilfe eines disziplinierten Apparats den Kurs allein zu befehlen. Zwar blieb die Zahl der hauptamtlichen Funktionäre in der Partei relativ klein, doch eine beachtliche Anzahl ehrenamtlicher Funktionäre arbeitete ohnehin in Parteibetrieben oder hatte die Arbeitsstelle durch Parteibeziehungen erhalten, sie gerieten dadurch in materielle Abhängigkeit von der KPD. Die Reichskontrolle 1927 ergab,⁴⁵ dass 2 348 Personen, also fast zwei Prozent der rund 140 000 Mitglieder, direkt bei der KPD beschäftigt waren. Der eigentliche Parteiapparat, d. h. die von der Partei bezahlten politischen Funktionäre, dürften davon etwa 500 Personen umfasst haben, die Mehrheit der Parteiangestellten setzte sich zusammen aus Arbeitern in den parteieigenen Druckereien und Verlagen, Stenotypistinnen usw. Weitere 3 736 Kommunisten arbeiteten bei Konsumgenossenschaften oder Sowjetinstitutionen in Deutschland. Die meisten dieser über 6 000 KPD-Mitglieder, die ihren Arbeitsplatz direkt oder indirekt der Partei verdankten, d. h. über 20 Prozent aller Funktionäre (also der etwa 20 000 bis 30 000 aktiven Kommunisten),⁴⁶ waren unmittelbar auf die KPD-Führung und die Komintern angewiesen.⁴⁷ Sie beherrschten das Parteileben, und die Spitze

⁴⁴ Westfälischer Kämpfer. Organ der KPD (Dortmund) vom 30. März 1926.

⁴⁵ Kaasch, Wienand: in: Die Kommunistische Internationale 1928, H. 19, S. 1052.

⁴⁶ Siehe Weber: Wandlung (Anm. 5), Bd. 1, S. 280 ff., hier S. 288.

⁴⁷ In Berlin war dieser Anteil höher. Nach offiziellen Angaben waren 1927 572 Mitglieder Angestellte der Partei und 438 bei Gewerkschaften, Genossenschaften usw. beschäftigt, also 1 010 Personen oder 7,2 Prozent aller Mitglieder. Eine Oppositionszeitung schätzte sogar, dass 1 300 Kommunisten in Parteibetrieben usw. arbeiteten, also fast 10 Prozent der Mitglieder oder etwa ein Drittel der Funktionäre. Die *Kommunistische Politik* hatte 1925 ähnliche Zahlen errechnet. In der Berliner Bezirksleitung (BL) waren 1926 nach offiziellen Angaben von 77 Mitgliedern 24 Parteiangestellte, 1928 von 104 BL-Mitgliedern 47 Parteiangestellte und 1929 31 Parteiangestellte. (Bericht BL Berlin-Brandenburg 1927, Berlin o.J., S. 106; Schacht und Hütte Nr. 7 vom 2. Dezember 1927; Staatsarchiv Oldenburg 86–132.)

konnte mit deren Hilfe die Politik der Partei dirigieren und durchsetzen. Die daneben vorhandenen illegalen Apparate (M-Apparat für die militärische Organisation, Z-Apparat für die Zersetzung der Reichswehr, Kurierdienst usw.) unterstanden weitgehend dem EKKI in Moskau, aber auch durch sie verstärkten sich die Apparattendenzen in der KPD.

Aus der Abhängigkeit der KPD von der Komintern und der KPdSU resultierte schließlich die kritiklose Übernahme stalinistischer Organisationspraktiken. Der Glaube, der Sieg der erstrebten Revolution sei nur mit »militärischer Disziplin« zu erreichen, spielte ebenso eine Rolle wie die Abgrenzung von der demokratischen SPD. Die Verhältnisse in Deutschland, die Ghetto-Situation der KPD, verschärfte die Lage. Im Gegensatz zu England, Frankreich oder Skandinavien gelang hier keine Integration der Kommunisten in die Gesellschaft. Die Verfolgung der KPD durch den Staatsapparat der Weimarer Republik dürfte dabei eine wesentliche Rolle gespielt haben.

Der hierarchische Zentralismus in der Partei verdrängte die traditionelle Demokratie. Das war ursprünglich ganz anders. Bei den fraktionellen Differenzen 1921 (nach der März-Aktion) herrschte noch breite innerparteiliche Demokratie: Erklärungen Oppositioneller wurden selbstverständlich in der Parteipresse abgedruckt, sie hielten Korreferate usw.⁴⁸ Ähnliche Möglichkeiten besaßen sie auch in den Jahren 1922 und 1923. Selbst nach der Oktoberniederlage 1923 spiegelte sich diese innerparteiliche Demokratie in den Fraktionsauseinandersetzungen: Rechte, Mittelgruppe und Linke traten auf allen Delegiertenkonferenzen, Bezirksparteitagen usw. mit eigenen Rednern und Plattformen auf, und die aktive Mitgliedschaft konnte ihren Willen äußern. Das Ziel der Linken nach 1924, durch die »Bolschewisierung« sämtliche Fraktionen zu liquidieren, wurde nicht erreicht, denn schon im Frühjahr 1925 bestand eine ultralinke Opposition und auch die gemäßigten Kräfte in der Partei arbeiteten mehr oder weniger fraktionell.

1926 führte die Eskalation der Auseinandersetzungen schließlich dazu, dass sich innerhalb und außerhalb der KPD fast ein Dutzend Fraktionen gegenüber standen⁴⁹ und die Partei zu zersplittern drohte. Das erleichterte es der Parteispitze

⁴⁸ Nach der März-Aktion 1921 druckte die Parteipresse alle Erklärungen der Opposition, auch solche, in denen die Zentrale wegen der Aktion scharf angegriffen wurde. In der Roten Fahne vom 24. Dezember 1921 kamen z.B. nochmals 128 oppositionelle Funktionäre aus Berlin, Barmen, Hamborn, Remscheid, Königsberg usw. zu Wort. Sie veröffentlichte praktisch eine Fraktionsplattform.

⁴⁹ Das *Mitteilungsblatt* der linken Opposition zählte für Anfang 1927 zehn Fraktionsgruppen innerhalb und außerhalb der KPD auf:

- »1. die offene Brandler-Fraktion mit Paul Böttcher, Jakob Walcher, Robert Siewert, Rosi Wolfstein, Arthur Rosenberg;
2. die Ernst-Meyer-Fraktion, die Versöhnler;
3. die Parteibeamten – Arthur Ewert, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Hans Pfeiffer;

und ihrem Apparat, bei den meisten Mitgliedern und Funktionären Abscheu vor jeder Fraktionstätigkeit zu erwecken, der Ruf nach Disziplin, nach einer »monolithischen« Partei wurde unterstützt. Schließlich basierte das Ziel der Einheitlichkeit auf dem gemeinsamen Anspruch, durch den Sturz der demokratischen Republik radikal die Gesellschaft zu verändern.

Radikalismus und Gewalt

Kennzeichnend für die KPD war ihr Radikalismus, der nach meiner heutigen Einschätzung die Stalinisierung förderte. Die Verhältnisse in Deutschland boten dafür manchen Anlass und viel Raum, Radikalität prägte die kommunistische Bewegung seit Beginn. Das Ziel – die sozialistische Gesellschaft – sollte schnell mit revolutionären, gewaltsamen Mitteln erreicht werden. Dass jedoch solche linksradikalen Tendenzen untauglich für die praktische Politik waren, konstatierte Rosa Luxemburg schon auf dem Gründungsparteitag der KPD am 30. Dezember 1918, als sie sich bei der Diskussion über die Wahlbeteiligung kritisch an die Mehrheit der Delegierten wandte: »Ich habe die Überzeugung, Ihr wollt Euch Euren Radikalismus ein bißchen bequem und rasch machen [...]«⁵⁰

Dass mit Radikalität in Krisenzeiten Anhänger zu gewinnen waren, aber damit keine dauerhafte Politik zu gestalten sei, bestätigte Curt Geyer in seiner Analyse 1923: Der Radikalismus »ist der Ausfluß der Ungeduld der Massen, die nicht auf allmähliches Wachsen von Organisationen und Wahlstimmen und allmählich sich auswirkende Ergebnisse parlamentarischer Reformarbeit warten wollen, sondern durch Willen und Ungestüm und Gewalt glauben, in der Gegenwart für die Gegenwart alles erreichen zu können.« Geyer folgerte daraus: »Der Radikalismus ist daher eine äußerst labile Bewegung. Er hängt ab von der momentanen Lage und Stimmung der Massen.«⁵¹

4. die Thälmann-Fraktion mit Philipp Dengel, Heinz Neumann, Ernst Schneller, Theo Neubauer, Heinrich Süßkind, Karl Volk;

5. die Chemnitzer linke Fraktion unter Führung von Paul Bertz, die auch Gruppen in Berlin und Mittelrhein hatte;

6. die Pfälzer ultralinke Gruppe unter Führung von Hans Weber;

7. eine ultralinke Gruppe unter Führung von Paul Kötter (Weddinger Linke);

8. die linke Opposition unter Führung von Arkadij Maslow, Hugo Urbahns, Ruth Fischer;

9. die ultralinke Gruppe von Karl Korsch;

10. die ultralinke Gruppe von Ernst Schwarz.«

Mitteilungsblatt. Linke Opposition der KPD Nr. 7 vom 15. März 1927.

⁵⁰ Weber, Hermann (Hrsg.): Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitags der KPD, Berlin 1993, S. 99.

⁵¹ Geyer, Curt: Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Ein soziologischer Versuch, Jena 1923, S. 62.

Insbesondere mit der Stalinisierung des Kommunismus dominierte bei dessen Anhängern ein radikales, undifferenziertes Freund-Feind-Schema. Die Aggressivität steigerte sich, Organisationen wie der »Rote Frontkämpferbund« zeigten eine Militarisierung der Bewegung, die trotz dessen Verbot nach 1929 weiterging. Die Kommunisten, die sich an der bolschewistischen Revolution und dem russischen Bürgerkrieg orientierten, heroisierten Gewalt als notwendige politische Maßnahme. Im »Spartakus-Programm« der KPD von 1918 hatte Rosa Luxemburg noch geschrieben, die proletarische Revolution bedürfe keines Terrors, sie sei »kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln«; zugleich aber sollte »der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution« die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden.⁵² Und auch 1923 verkündete die KPD, »mit diktatorischer Gewalt alle Widerstände der Gegenrevolution« niederzuschlagen.⁵³

Vor allem die Komintern bekannte sich eindeutig zur Gewalt. In ihrem Programm von 1928 wurde die »entschlossene Anwendung der Gewalt des Proletariats«, die »gewaltsame Vernichtung der bürgerlichen Macht« als notwendiges Vorgehen proklamiert.⁵⁴

Doch nicht nur das russische Vorbild, sondern ebenso die praktischen Revolutionserfahrungen in Deutschland nach 1918, die politischen Tumulte auf der Straße ab 1930, nicht zuletzt die spätere brutale Unterdrückung der Kommunisten durch den Terror der Nationalsozialisten hatte ihr Verhältnis zur Gewalt maßgeblich geprägt.

Fixierung auf »Rußland«

Gravierender für die Stalinisierung war indes der Verlust politischer Autonomie, bedingt durch die wachsende Abhängigkeit der KPD von der Sowjetunion. Denn auf die UdSSR waren die führenden deutschen Kommunisten immer fixiert und für ihre Kader wurde das Bekenntnis zu »Rußland« und die Ergebenheit zur jeweiligen Leitung der KPdSU schließlich ein Axiom. Schon im Dezember 1924 hatte eine KPD-Zeitung, die *Sozialistische Republik* in Köln, geschrieben, Kommunisten haben »nur ein Vaterland und eine Heimat, das ist Sowjetrußland«.⁵⁵

⁵² Weber: Die Gründung (Anm. 50), S. 296 f.

⁵³ Bericht über die Verhandlungen des III. (8:) Parteitages der KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 28. 1. bis 1. 2. 1923, Berlin 1923, S. 417.

⁵⁴ Programm der Kommunistischen Internationale. Angenommen vom VI. Weltkongreß am 1. September 1928 in Moskau, Hamburg u. Berlin 1928, S. 36. Wieder vollständig abgedruckt in Weber: Kommunistische Internationale (Anm. 4), S. 165-265.

⁵⁵ Sozialistische Republik vom 10. Dezember 1924, ebenso bereits früher die KPD-Zeitung Freiheit (Düsseldorf) am 19. Mai 1924.

Die Rote Fahne unterstrich am 28. Januar 1927 unmissverständlich, die UdSSR »zu unterstützen« sei die »Hauptaufgabe der Komintern«. Für Thälmann war 1929 klar, die KPD benötige eine »feste, militärische« Disziplin zur »Verteidigung der Sowjetunion«⁵⁶.

Mit der Behauptung, die UdSSR sei von einem Krieg bedroht, wurden die Anhänger ständig mobilisiert und diszipliniert, zugleich »Abweichungen« kriminalisiert. Auf dem XII. Parteitag 1929 zog Thälmann sogar eine direkte Linie von der drohenden Kriegsgefahr zu seiner kurzzeitigen Absetzung im September 1928 (im Zusammenhang mit einer Unterschlagung, der so genannten Wittorf-Affäre)⁵⁷ durch Vertreter oppositioneller Gruppen der Rechten und der Versöhner: »Nehmen wir nur den 26. September 1928. War nicht der Klassenfeind in unsere Organisation eingedrungen, hatten wir nicht vorübergehend die Partei dem Gegner ausgeliefert [...]«⁵⁸ Dieser XII. Parteitag proklamierte im Grußschreiben an das EKKI (als »Generalstab der Weltrevolution« apostrophiert): »Es lebe die UdSSR, das Vaterland des Proletariats.«⁵⁹ Der Opposition wurde nun entgegengehalten, es gelte das »höchste Gut« jedes Kommunisten zu wahren: die Sowjetunion.⁶⁰

Das unkritische Verhältnis zur Sowjetunion entwickelte sich rasch dahingehend, dass sich die deutschen Kommunisten der sowjetischen Außenpolitik vollständig unterordneten und Stalin glorifizierten. Die KPD als stalinistische Organisation wurde auch auf seine Person eingeschworen. In einem Vorwort zur Lobesbroschüre für Stalin schrieb Heinz Neumann 1930, »alle Kommunisten« müssten »von Stalin lernen, fest zu sein wie Feuer, hart wie Stahl, kühn und siegessicher wie der Bolschewismus.«⁶¹

Zur Herstellung »militärischer Disziplin« diene »ideologischer Terror«, d. h. jede Kritik an der UdSSR, der KPdSU, vor allem an Stalin, galt als »Abweichung«, als konterrevolutionär, klassenfeindlich, als Unterstützung der »imperialistischen Kriegstreiber«. Daher mussten Oppositionelle nicht nur ausgeschlossen, sondern »ausgemerzt« werden. Umgekehrt förderte die verstärkte Zentralisierung zugleich den Personenkult um den »Führer« Thälmann,⁶² sogar Bezirksleiter wurden als »Führer der Bezirke« herausgestellt.

⁵⁶ Protokoll. 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Juli 1929. Hamburg u. Berlin o. J. [1929], S. 560.

⁵⁷ Siehe jetzt Weber/Bayerlein: Thälmann-Skandal (Anm. 20).

⁵⁸ Geschlossene Sitzung des XII. Parteitages der KPD 1929, in: SAPMO, Zentrales Parteiarchiv RY1, 11/26, Bl. 506 f.

⁵⁹ Protokoll des XII. Parteitages der KPD, Berlin 1929, S. 12 u. 28.

⁶⁰ Staatsarchiv Bremen, IV 31, Bd. 2.

⁶¹ J. W. Stalin. Vorwort Heinz Neumann. Hamburg u. Berlin 1930, S. 8 f.

⁶² »Heute spricht unser Führer«, kündigte Die Rote Fahne vom 12. September 1930 eine Rede Thälmanns an. Der Personenkult um Thälmann ähnelte immer stärker dem Stalin-Kult und dem Hitler-Kult.

Neben dem Dilemma, als deutsche Arbeiterpartei sowjetische Interessen vertreten zu wollen und zu müssen, existierte noch ein weiterer Grundwiderspruch: Als Massenpartei konnte sich die KPD nicht nur auf eine verbalradikale Revolutionsstrategie beschränken, sondern war darüber hinaus genötigt, praktische Tagespolitik zu betreiben. Diese Diskrepanz kennzeichnete immer wieder, insbesondere dann in der Weltwirtschaftskrise, die Situation der KPD.

Die Parteiführung suchte die Identität im Radikalismus; Kompromisslosigkeit wurde zur politischen Tugend stilisiert, die Forderung des Alles oder Nichts schien allein angemessen. Damit blieb die strikte Abgrenzung von der SPD gewahrt, worauf sich die deutschen Kommunisten, die die SPD als Konkurrentin und Gegnerin ansahen, stets konzentrierten. Schließlich war es unverzichtbares Ziel der kommunistischen Zentrale, die Macht zu erringen, die Hegemonie in der Arbeiterbewegung, ja der gesamten Arbeiterschaft zu gewinnen. Über diese Absicht herrschte bei allen KPD-Kadern Einigkeit, unabhängig welcher innerparteilichen Richtung sie angehörten.

Ideologie

Die Stalinisierung brachte sowohl die Veränderung der inneren Struktur der KPD von breiter innerer Demokratie zur hierarchischen Diktatur, als auch der Funktion der Partei von der radikalen deutschen Arbeiterpartei zur Hilfstruppe der Sowjetunion Stalins. Mit diesen strukturellen Wandlungen änderte sich auch die Ideologie, an die Stelle versuchter theoretischer Reflexionen traten ideologische Rechtfertigung und Verschleierung.

Neben den politischen sind daher die ideologischen Einflüsse nicht zu unterschätzen, die die Stalinisierung begünstigten. Das Weltbild der deutschen Kommunisten vermittelte Optimismus und gab ihnen Siegesgewissheit (»Gesetzmäßigkeit der Geschichte«). Ihr Anspruch, im Besitz absoluter Wahrheit zu sein, sorgte bei der »Avantgarde« für elitäre Überheblichkeit und verursachte Realitätsverluste. Ihr »Marxismus-Leninismus« beruhte auf vereinfachten Thesen. Stalins primitive, aber recht einprägsame Doktrin (*Über dialektischen und historischen Materialismus*⁶³) wirkte später jahrzehntelang als eine Art Pseudoreligion, Ansätze dazu gab es mit dem Bekenntnis zur »leninistischen Weltanschauung« bereits vorher.

Es war nicht nur der Verlust herausragender Persönlichkeiten, der den programmatischen Niedergang des deutschen Kommunismus signalisierte, sondern die immer weiter verflachenden Klischees und Dogmen, die herkömmliche marxisti-

⁶³ Die später weit verbreitete Schrift erschien zuerst als Teil der Geschichte der KPdSU (B). Kurzer Lehrgang, Moskau 1939, S. 126–159.

sche Konzeptionen verdrängten. Gerade die Ausschaltung der Opposition und damit die Verweigerung theoretischer Auseinandersetzungen brachten eine Dominanz des geistigen Mittelmaßes bei Parteileitungen und angepassten Funktionären.

Weil im deutschen Kommunismus selbstständiges Denken und Kreativität verschwanden, forcierten kanonisierte Glaubenssätze die Arroganz der Macht, die freilich mit weit verbreitetem Untertanengeist gekoppelt war. Es wurde den Kadern nicht nur suggeriert, sie seien »Avantgarde«, »Vorhut« und »Elite«, sondern durch ständige Schulungen und selektive Faktenvermittlung galt es, diese Überheblichkeit im hierarchischen Funktionärskorps zu forcieren. Andauernde Indoktrinationen sollten ferner keinen Raum für Zweifel, Skrupel oder Skepsis lassen; so blieb als Ausflucht oft nur Zynismus. Die Ideologie diente stets sowohl der Täuschung wie der Selbsttäuschung.

Doch sie blieb wichtiges Disziplinierungsinstrument. In Deutschland war es der Parteiführung nicht möglich, die Stalinisierung – wie in der Sowjetunion – mit Repressionen des Staates durchzusetzen. Die KPD war eine Massenpartei und keine Sekte wie etliche Sektionen der Komintern. Und sie konnte sich mehr oder weniger frei entwickeln und legal arbeiten, sie besaß eine Tradition innerer Demokratie. Dennoch gelang ihre rasche Umwandlung, es gab eine ganze Reihe von Ursachen und Motiven. Die scheinbar unveränderte Ideologie, der weiterhin bestehende revolutionäre Habitus, die Sehnsucht vieler Arbeiter nach sozialer Gerechtigkeit und schneller Errichtung einer »besseren Welt«, der Enthusiasmus für die russischen Bolschewiki sowie die Enttäuschung über die Demokratie der Weimarer Republik, das und vieles andere (schon seinerzeit in der *Wandlung des deutschen Kommunismus* beschrieben) erklärt die Transformation in so kurzer Zeit.

Fazit

Entscheidend für die Durchsetzung des Stalinismus blieb indes die Allmacht der Sowjetunion im Weltkommunismus: Deren materielle Unterstützung wie die emotionale Bindung aller Kommunisten zu diesem Idol, dem »Vaterland«, wirkten sich ebenso aus wie die vielfältigen Einflussmethoden der Komintern. Einerseits bestimmte die Sowjetunion die Wandlung des deutschen Kommunismus, andererseits forcierte die Stalinisierung die völlige Unterwerfung der Partei unter die Befehle Moskaus und Stalins.

Bei aller Berücksichtigung der anderen Bedingungen, der Situation in Deutschland, struktureller Probleme der KPD oder der Apparatherrschaft als Zeitercheinung, gehe ich daher heute, nach Einsicht in relevante Quellen, davon aus, dass die weit reichende Abhängigkeit der KPD von der KPdSU, das heißt, zunehmend vom Diktator Stalin, als ausschlaggebendes Kriterium der Stalinisierung des deutschen Kommunismus zu benennen ist.